



An den Präsidenten des Südtiroler Landtags

Digitales Verkehrsleitsystem für die A22: Bekenntnis von Südtirol zum Nachtfahrverbot!

BESCHLUSSANTRAG

Mitte Februar 2024 hat die italienische Regierung in einem „Klage-Brief“ die EU-Kommission aufgefordert, ein EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich einzuleiten. Bereits kurz vor den Landtagswahlen 2023 verlautete Verkehrsminister Salvini vor Ort am Brenner: „Die illegalen, ungerechten, ignoranten und arroganten Fahrverbote schaden der Umwelt und Wirtschaft“. Die EU-Kommission hat nun drei Monate Zeit, um über ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich zu entscheiden. Österreich erhält dabei Gelegenheit, eine Stellungnahme abzugeben. Die beteiligten Staaten können sich schriftlich und mündlich in einem kontradiktorischen Verfahren äußern. Gibt die EU-Kommission keine Stellungnahme ab oder sieht sie von einer Klage ab, kann Italien selbst direkt vor dem EuGH klagen.

Als Reaktion auf den „Klage-Brief“ der italienischen Regierung teilte der Südtiroler Landeshauptmann mit: „Trotz der Eröffnung des Verfahrens bei der Europäischen Kommission darf der Gesprächsfaden zwischen Österreich, Italien und Deutschland in dieser Frage nicht abreißen. Die drei Staaten haben eine Verantwortung ihren Bürgern gegenüber, zeitnahe Lösungen zu finden, um die Situation des Brennerkorridors zu verbessern“. Arno Kompatscher verwies auf das digitalen Verkehrsleitsystems.

Im April 2023 haben Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher, der Tiroler Landeshauptmann Anton Mattle und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder eine „Absichtserklärung“ für ein gemeinsames, digitales Verkehrsmanagementsystem am Brennerkorridor unterzeichnet. Die zugrundeliegende Machbarkeitsstudie wurde zuvor im Dezember durch den Südtiroler Landeshauptmann vorgestellt.

Die Handelskammer kritisierte das Slot-System als aktuell rechtlich und praktisch nicht umsetzbar als auch wirtschaftsschädlich. Sie forderte außerdem, dass zuerst das Nachtfahrverbot in Österreich abgeschafft werden solle, bevor überlegt werde, ein solches Slot-System einzuführen. In eine ähnliche Kerbe schlug der Frächterverband ANITA und forderte stattdessen die Abschaffung der Fahrverbote und der Nachtmaut für schwere Nutzfahrzeuge. Dieselbe Position vertrat auch Verkehrsminister Matteo Salvini. Gegenüber den Medien sagte er: „Prima tolga i divieti per i tir, quelli della notte, dei sabati delle categorie. Non mi siedo al tavolo con chi è al di là della legge e dei trattati. Appena Vienna torna nel contesto civile della Comunità europea possiamo ragionare su tutto: slot, pedaggi e barriere“.

Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA sieht hingegen im Vorschlag eines „Slotsystems“ für den alpenquerenden Güterverkehr einen ersten Baustein, das seinerzeit als „Alpentransitbörse“ bezeichnete Kapazitätsmanagementsystem nun mit Hilfe neuer technologischer Systeme für den Brennerkorridor umzusetzen. Die Machbarkeitsstudie sieht allerdings derzeit lediglich eine bessere

Ausnutzung der bestehenden Straßeninfrastruktur vor. Eine Verlagerung auf die parallele Bahnstrecke ist nicht vorgesehen. Außerdem ist die Belastung für die Menschen entlang der Brennerautobahn nicht mit der Belastung der Infrastruktur gleichzusetzen. Die maximal vergebenden Slots müssen die Verkehrsbelastung für die im Korridor lebenden Menschen auf ein zumutbares Maß verringern. Die Anforderungen einer nachhaltigen Mobilität im Sinne des Verkehrsprotokolls erfordern jedoch eine verkehrsträgerübergreifende Regelung der Kapazitäten für Straße und Schiene.

Für ein solches digitales grenzüberschreitendes Verkehrsmanagement muss aber ein Staatsvertrag zwischen Österreich, Deutschland und Italien abgeschlossen werden. Ein solcher ist noch in weiter Ferne. Denn Salvini zeigte sich bisher strikt ablehnend – er will erst darüber reden, wenn die transiteinschränkenden Maßnahmen und Fahrverbote aufgehoben werden. Auch Deutschland reagierte sehr reserviert. In seiner Reaktion zum Klage-Brief sagte der Südtiroler Landeshauptmann: „Es obliegt den Staaten, zu entscheiden, ob der von den Regionen vorgeschlagene Ansatz Realität wird – Grundvoraussetzung dafür ist, dass die Vertreter der Staaten sich gemeinsam an einen Tisch setzen und miteinander sprechen“.

Südtirol, Tirol, Bayern sowie Österreich, Deutschland und Italien stecken damit verkehrspolitisch in einer Sackgasse. Denn die einen wollen dem digitalen Verkehrsleitsystem nur dann zustimmen, wenn die anderen das Nachtfahrverbot und andere Beschränkungen zum Schutz der Gesundheit aufheben.

Daher beauftragt der Südtiroler Landtag die Landesregierung

1. Österreich bei seiner Stellungnahme im Rahmen des Vertragsverletzungsverfahrens organisatorisch, fachlich und inhaltlich zu unterstützen, indem zum Beispiel sämtliche Daten der Autobahn Zu- und Abfahrten zur Verfügung gestellt werden.
2. Sich gegenüber Rom und den Interessensgruppen vor Ort dafür einzusetzen, dass am Wochenende und nachts keine Slots buchbar sind, womit auch der Streit ums Nachtfahrverbot hinfällig wäre.
3. Ein auf die bisherige Arbeit aufbauende Studie in Auftrag zu geben, wie die Plattform zur Buchung von Durchfahrtsrechten auf der Autobahn an die Verfügbarkeit auf der Schiene geknüpft werden kann.
4. Grundlagen zu erstellen, um eine trilaterale Einigung betreffend der Kapazitätsobergrenze (maximal buchbare Slots) verkehrsinfrastruktureller sowie gesundheitlicher Richtwerte zu erzielen.

Bozen, 20.02.2024

Landtagsabgeordnete

Madeleine Rohrer

Brigitte Foppa

Zeno Oberkofler